

# Die Gewerkschaft

**Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter**

Redaktion u. Expedition: Berlin SW. 16  
Königsplatz 15 (Redakteur E. Dittmer)  
Telefon: Amt Moritzplatz 3105/06

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags  
Bezugspreis: monatlich durch die Post  
(einschließlich Bestellgeld) 150 Mt.

## Scharfe Wirtschaftskämpfe stehen uns bevor.

Die Arbeiter haben sich seit Jahr und Tag daran gewöhnt, den Tarifkommissionen, den Betriebsräten und Funktionären der Organisation die gesamte gewerkschaftliche Arbeit zu überlassen und allenfalls — wenn nicht die berechtigten Wünsche erreicht werden konnten — kräftig zu protestieren — auf die „Bonzenwirtschaft“.

Man tut so, als wäre der wirtschaftliche Gegner — sei es der Unternehmer oder Gemeinde- und Staatsverwaltung — so leicht mit einem energischen „Anhauchen“ umzublasen. Daher werden wir gerade bei den vieljahrelang organisierten älteren Gewerkschaften häufig der Auffassung, es falle der neuen Generation doch gar zu leicht in den Schoß und so sei der Opferwille die eigene Kampfesentschlossenheit leider stark überwuchert von der selbstlichen Idee, für sich selber materielle und andere Vorteile herauszuschlagen, während man darüber die allgemeinen wirtschaftlichen Gebundenheiten und Möglichkeiten vergesse.

Besondere wird in der Tat nur zu oft die Stärke unserer Wirtschaft gegenüber dem Wirtschaftskämpfer unterschätzt und mancher hat auch noch nicht begriffen, daß wir einem Machtfaktor gegenüberstehen, wie er wohl stärker kaum in einem anderen Lande der Welt zu finden ist.

Wir wollen dabei in diesem Zusammenhang nicht untersuchen, warum die deutsche Arbeiterkraft durch Uneinigkeit und politisch-juristische Schwierigkeiten sich selbst den Wirtschaftskampf erschweren und zum Schritt zurückgewichen ist. Das Faktum besteht jedenfalls in anderem, unseren Wirtschaftskampf gewaltig erschwerendes ist die wachsende Geldentwertung. Während die Preise von Sachwerten und vor allem die Besitzer der Produktionsmittel — von Rohstoffen bis zum Fertigfabrikat bei jeder Geldentwertung ganz besonders hohe Profite einfacken, gelang es den Arbeitnehmenden, auch nur entfernt den Steigerungen der Reichsrente über den Lebensstandard beizukommen. Jede Lohnforderung wurde erbarmungslos von Handel und Industrie, von Land- und Landwirtschaft den Arbeitern und Gehaltsempfängern abgelehnt. Zugegeben, daß der fürchtbare Druck der wirtschaftlichen Ruhrbesetzung, wie überhaupt der sogenannte Friedensvertrag die Unterlagen und die Möglichkeiten schufen, die das Volk bis weit hinauf zu den Schichten des sogenannten „freien“ Berufs so entschuldigend auszuwintern, gegenwärtig der Fall ist. Denn damit kam eben jenes „Rückwärtsweichen“ der „schwankenden Währung“ in unsere Volkswirtschaft, mit der sich unser Unternehmertum so vorzüglich abgefunden hat, daß es entscheidend überhaupt nur noch auf den Niedergang der Währung spekuliert. Damit werden sich aber die darbenenden Millionen nicht abfinden können.

Überwiegend gibt es bis hinein in unsere Reihen Leute, die dem größten und gefährlichsten der modernen Wirtschaftskämpfe — dem „Stinnes“ — so etwas wie Bewunderung für seine organisierten Leistungen usw. haben. Gewiß, wenn man die Schliche des von Schwererbrechern im Kino oder im Schundroman abgewanderten, kann man schließlich auch die wirtschaftliche Gerissenheit Stinnes (und seiner zahllosen Nachahmer) bewundern.

Es muß aber doch darauf hingewiesen werden, daß die systematische Verdrängung der deutschen Mark durch die ausländische Großindustrie und nicht zuletzt durch Stinnes erfolgt ist. Besonders in den letzten Wochen.

Die Regierung Cuno in echt volksparteilicher Weise den Schaden zu wälzen, ohne ihn nah zu machen, ist schließlich nicht so

verwunderlich. Schwerer ist schon die Frage zu beantworten: Was geschehen soll, um die Wiederaufrichtung der deutschen Währung zu erreichen.

Und da ist uns nicht mit flüchtigen Eintagsparolen geholfen oder mit ferneren Zukunftsprogrammen, sondern mit konkreten Vorschlägen und Maßnahmen.

Wir müssen nun leider feststellen, daß auch heute noch weite Kreise der Arbeiterschaft in der Illusion befangen sind, die verdammten „Führer“ sind die allein Schuldigen. Wenn sie wollten, hätten wir heute noch eine neue Lohnhöhung, morgen die Erfassung der Sachwerte, übermorgen die ordnungsgemäße Besteuerung der Besitzenden und am dritten Tage die Gesundung unserer Währungsschmerzen.

Ach nein. So einfach liegen die Dinge leider nicht. Solange der „Friedensvertrag“ sich auswirkt und die Ruhrbesetzung besteht, wird das deutsche Unternehmertum an und für sich schon in erheblichem Vorteil sein gegenüber der organisierten Arbeiterschaft.

Als Beweis möchten wir die gegenwärtig recht starke Kampfesstimmung der Unternehmerverbände gegenüber der Arbeiterschaft hier an Hand einiger Beispiele aus neuester Zeit charakterisieren, die wir beliebig vermehren könnten.

Die Stimmungen und Gedankengänge der heutigen Unternehmerverbände Deutschlands lassen sich zweifellos als „Vorbereitung zum Angriff“ bezeichnen. Die Arbeitslosigkeit, die seit dem Herbst starken Zuwachs zu verzeichnen; die Stellung der Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkte wird also immer ungünstiger. Es ist daher für zeitgemäß, wenn Syndikus Vindig in einer der letzten Nummern der „Arbeitgeberzeitung“ seine Leser über die Frage belehrt: „Wann ist eine Aussperrung zweckmäßig, wann ist sie rechtmäßig?“ und wenn diesem Artikel unmittelbar ein Inserat der Eisner-Betriebsbücherei folgt, in welchem das nützliche Buch: „Eingehung und Lösung von Arbeitsverträgen, Zulässigkeit von Betriebsabbrüchen und Betriebsstilllegungen“ angeboten wird! Der erwähnte Artikel von Dr. Vindig stellt die wichtigsten Grundzüge der Kampfstatik der Aussperrungen zusammen: „Es ist zunächst zu prüfen, ob die eintretende wirtschaftliche Schädigung der Arbeitnehmer wirklich so stark ist, daß der beabsichtigte Erfolg erzwungen werden kann... ob die Beteiligten in einer einzigen Organisation oder auf mehrere verteilt sind, ... ob die Streikliste der Gewerkschaft wenig oder etwa in hohem Maße in Anspruch genommen wird, ... ob zu erwarten steht, daß andere Industriezweige unterstützend eingreifen, ... ob es sich um langjährige Arbeiter handelt, die für Weib und Kind zu sorgen haben oder nicht“ usw. Es folgen dann Beratungen an die Arbeitgeber, durch welche Mittel man die Solidarität in den eigenen Kreisen bei Fassung und Durchführung des Aussperrungsbeschlusses wahren soll: Ehrenwort, Boykott, Konventionalstrafe.

Man ist erstaunt, wenn man nach der Lektüre dieser klugen und offenen Kampflehrsätze, die allerdings auf dem Hinterhof der Zeitung (nämlich — in ihrer juristischen Beilage Nr. 6) versteckt sind, den scheinheiligen Artikel von Prof. Voigt in die Hand bekommt, der auf den ersten drei Seiten derselben „Arbeitgeberzeitung“ (Nr. 7) prangt. Es heißt dort: „Die Arbeitgeber werden niemals, ohne von der anderen Seite dazu veranlaßt zu sein, eine Sperre über den Arbeitsmarkt verhängen. Sie werden auch vor der Öffentlichkeit die Verantwortung... den dadurch angegriffenen allgemeinen

Schaden nicht fragen wollen, während die Arbeitnehmer davor nicht zurückzusprechen pflegen." Diese Ausführungen des Herrn Professors münden darin, „daß der Streik allein eine Angriffswaffe, die Aussperrung dagegen im allgemeinen nur eine Abwehr- oder Verteidigungswaffe geworden ist". Die Parität (Gleichheit) des Gesetzes ist also nur eine scheinbare." Die Leserin der „Arbeitgeberzeitung", die eine Woche früher von dem Praktiker Dr. Lindig in die Rüststammer und die taktischen Regeln des Aussperrungskampfes eingeführt wurden, müssen also nun zu ihrem Erstaunen erfahren, daß die Arbeitgebererschaft unbedingt wirtschaftlich ist, daß sie eine soziale Abrüstung wünscht und den Kampf angesichts des ungleichen Gesetzes gar nicht wünschen kann. Und doch: die Leserin der „Arbeitgeberzeitung" werden über diesen Widerspruch nicht erstaunt sein! Denn sie wissen, was die Markt- und Machtverhältnisse von heute und morgen erlauben und verlangen: der Angriff muß vorbereitet werden, er muß aber als Abwehr erscheinen. Nicht nur aus rechtlichen Gründen, sondern vor allem auch aus politischen Gründen, welche die Unternehmer einstweilen veranlassen, an der „Einheitsfront" festzuhalten. Alles wird zum Angriff vorbereitet; aber zu dieser Vorbereitung gehört auch die sieberhafte Bearbeitung der öffentlichen Meinung, die um jeden Preis überredet werden soll, daß der Angriff nur eine Abwehr bedeute und daß das Schwarze weiß sei. Wenn die Arbeiter Anpassung der Löhne an die Geldbewertung verlangen, um sich gegen Verelendung zu schützen, dann wird dieser als „Angriff" verschrien. Wenn aber die Unternehmer zum Lohnabbau schreiten, ohne daß eine Rechtfertigung durch die Preislage bestünde, wenn sie Presse und Gesetzgebung mobilisieren, um den kommenden Aussperrungen den Weg zu bereiten, dann handelt es sich nur um eine „Abwehr"!

Nicht umsonst steckt Sinnes Milliarden in den Aufkauf großer bürgerlicher Blätter, er läßt durch seine wissenschaftlichen Hausknechte die öffentliche Meinung systematisch bearbeiten.

Wir aber, die Arbeiter, bringen nicht einmal mehr das Opfer auf für die ausreichende Aufklärung und Agitation durch Gewerkschafts- und Arbeiterpresse!

Wie es bei den Privatunternehmern aussieht, wissen wir jetzt. Daß amtliche und halbamtliche Stellen bis zu den Unparteiischen des Reichsarbeitsministeriums gleichfalls glauben, jetzt sei die rechte Zeit zum Abbau der sozialen Einrichtungen usw., beweist der in voriger Nummer mitgeteilte Schiedsentscheid zu unserem RM. Wir werden auf unserer Verbandsbeiratsitzung dazu Stellung nehmen, möchten aber schon jetzt darauf hinweisen, daß es sich bei diesem Anschlag nicht nur um unsere eigene Sache, sondern auch um eine „Zeitströmung zum sozialen Abbau" handelt, die in der gesamten Arbeitgeberpresse systematisch propagiert wird.

Wir wissen nur als Mittel gegen all diese unerfreulichen Zeiterscheinungen: festerer Zusammenschluß, größte Opferwilligkeit und energische Mitarbeit in Agitation und Organisation aller Gewerkschaftskollegen.

**Aus Politik und Volkswirtschaft**

Ein Reparationsangebot hat die deutsche Reichsregierung am 2. Mai den Ententemächten gemacht und den Neutraten durch den Außenminister Cuzon gegeben, der in politischen Reden wiederholt zum Ausdruck brachte, daß es im Interesse der deutschen Beilegung der Reparationskonflikte liege, wenn Deutschland ein neues Angebot mache. Wir greifen aus dem langen Schreiben die nachstehenden wichtigsten Sätze heraus:

Die deutsche Regierung läßt ihre Vorschläge zum Reparationsangebot und den damit verbundenen politischen Fragen wie folgt zusammenfassend darlegen: Die deutsche Regierung ist bereit, die Gesamtpflichtung Deutschlands zu finanziellen und Sachleistungen dem Betrag von Versailles wird auf 30 Milliarden Goldmark festgesetzt, und zwar: 20 Milliarden Goldmark bis zum 1. Juli 1929, 5 Milliarden Goldmark bis zum 1. Juli 1931, die durch Ausgabe von Anleihen zu normalen Zinsen auf dem internationalen Geldmarkt aufzubringen sind.

1. Die ersten 20 Milliarden Goldmark werden sofort zur Verfügung gestellt. Die Anleihe bis zum 1. Juli 1927 wird aus dem Erlös entnommen und in einem von der Reparationskommission beauftragten Fonds sichergestellt. Soweit die 20 Milliarden Goldmark bis zum 1. Juli 1927 nicht durch Anleihen aufgebracht werden können, sind sie von diesem Zeitpunkt ab mit 5 Prozent zu verzinsen und mit einem Prozent zu tilgen. — 2. Soweit die letzten 5 Milliarden Goldmark bis zu dem dafür vorgesehenen Termin teilweise unter normalen Bedingungen nicht voll aufzubringen sind, soll eine unparteiische internationale Kommission darüber entscheiden, wann und wie der nicht bezahlte Rest aufzubringen ist. Die Kommission soll am 1. Juli 1931 auch darüber entscheiden, ob, wo und wie für die Zeit vom 1. Juli 1923 ab die zunächst nicht vorgesehene Forderung nachträglich aufzubringen sind. Als unparteiische internationale Kommission soll entweder das Anleihekonsortium, die die ersten 20 Milliarden Goldmark gestellt hat, oder ein dem Vorschlag von Sekretär Hughes entsprechendes Komitee als internationale Kommission, in dem Deutschland vertreten ist, oder ein Schiedsgericht bestehend aus je einem Vertreter der Reparationskommission und der deutschen Regierung, sowie einem Obmann entscheiden, vor dessen Rat alle anderen Mitglieder und seine Person sich einigen und der Vertreter der Vereinigten Staaten ernannt werden soll. — 3. Der Rest wird in Anrechnung auf seine Schuld nach den Bestimmungen der bestehenden Verträge Sachleistungen ausführen, über deren Ausmaß Verhandlungen vorbehalten bleiben.

Sollte diese Auffassung (daß das Angebot bis an die deutschen Leistungsfähigkeit geht. Red. „Gew.") von der anderen nicht geteilt werden, so schlägt die deutsche Regierung vor, unter der Anregung des Staatssekretärs Hughes das Reparationsproblem einer von jeder politischen Einwirkung unabhängigen internationalen Kommission unterbreiten. Die deutsche Regierung ist bereit, für die angebotenen Leistungen spezielle Garantien zu bieten. Außerdem ist die deutsche Regierung bereit, nach Maßgabe der noch zu treffenden Vereinbarungen, durch geeignete Maßnahmen dafür zu sorgen, daß die gesamte deutsche Wirtschaft zur Sicherung der

**Die Alte Liebe.**

Gewöhn du deinen Blick an Weiten  
In denen hohe Wollen gleiten [Zhd]  
Von West nach Ost, von Nord nach  
Doch schauend ins Gebiet der Sterne  
Vergiß nicht, trunken lichter Ferne,  
Den Ader, der zu Fähen bläht.

Aus Raggefühl und aus Entrückung  
Gemischt ist irdische Beglückung;  
Nur eins von beiden wäre Wahn.  
Das Auge, scharf auf das, was seiend  
Und sich vom Seienden befreit,  
Sieht Welt und Himmel aufgetan.

Anton Wildgans.

Wenn der deutsche Seemann in fernen Meeren umhergondelt, wenn der erste glanzvolle Eindruck der Bunttheit des neuartigen Lebens von Indien, China und Japan sich abschwächt, so kommt ihm wohl — wenigstens soweit er Niedersache ist — in einer besinnlichen Stunde die heimliche Sehnsucht an, er denkt an die „Alte Liebe". Das war bis vor wenigen Jahren das unbedingte Wahrzeichen des deutschen Heimatlandes: Cuxhaven.

Der alte Leuchtturm schimmert auch heute noch des Nachts in seinem Glanz und trägt seinen Schein weit in die böige Nordsee. Aber bei Tage sieht man als neues Wahrzeichen von Cuxhaven die riesigen Schornsteine der rasch emporsteigenden Fischindustrie, ihrer Eiswerke und anderer Nebenbetriebe, die in gewaltigen Ausmaßen im Entstehen begriffen sind. Landet vielleicht nach jahrelanger Abwesenheit ein heimlicher Seefahrer, so findet er wohl vieles unerhofft Neues am Strande von Cuxhaven. Gewaltige, kilometerlange Hallen für den Riesenfischmarkt der deutschen Hochseefischerei-Flotte, große Werftanlagen, die zum Teil noch im Bau begriffen sind, und anderes. Dazu viele kleine neue Landhäuschen mit Gärten im niedersächsischen Baustil. Wahrlich, an dieser Stelle ist wenig zu spüren von dem Niedergang der deutschen Wirtschaft. Die einst-

malig friedliche, fast einformige Stille des kleinen Fischerorts in den letzten Jahren völlig verloren gegangen. Mehr und mehr scheint sich die Frage, ob Fischindustrie oder Fremdenindustrie die ersten zu klären.

Es ist bei alledem erfreulich, daß der Hamburger Stadtrat große Aktionstraft und riesigen Mitteln die neuen Bauten, Anlagen usw. fast durchweg in eigener Regie herstellt. Die volle Zweckmäßigkeit, gepaart mit allen hygienischen Einrichtungs- und neuzeitlichen stigmatischen Zusammenhang. Aus der kleinen scheinbaren Fischerstadt fügen sich allmählich in die Landschaft die wundervollen Klein- und Großbauten, und selbst die „Alte Liebe" wird überragt und tritt in den Hintergrund gegenüber der Funkenstation bei den neuen Hafenanlagen und den sonstigen Einrichtungen für die neuen Werften.

Doch es gibt noch eine zweite „alte Liebe", von der sich auch im einzelnen lohnen würde, die hier aber nur im Andeutung abgetan werden muß. Das ist unser sozialistisches Blatt, das sich aus eigener Kraft emporarbeitete und sich in gesunder Basis befindet. Es sorgt dafür, daß die politische Arbeit, die wir sie nun einmal seit Jahren in Deutschland beobachtet, allzu großen Schaden anrichten kann.

Wie kerngesund unsere Arbeiterbewegung in Cuxhaven wie die Maiseier 1923. Vom Gewerkschaftsartell organisiert teiligten sich wohl weit über 3000 Personen am Festzug. Dazu weitere 1000 in den kleineren Straßen, am Wege und an den Spalier, so daß nahezu ein Viertel der Bevölkerung Cuxhavens an der Parade teilnahm. Wenn die Frauen im Festzug schwach vertreten waren, so erklärt es sich daraus, daß der deutsche „sine Ordnung un fin Middageten" rechtzeitig haben

Wirkendes herangezogen wird. Die Sachlieferungen und langfristige Privatverträge unter Ausbedingung von Vertrags-... Die Durchführung der Deutschland obliegenden... ist abhängig von der Stabilisierung der deutschen Wäh-... in Verbindung mit der Regelung des Reparationsproblems... Wahrung planmäßig und auf die Dauer stabilisiert werden, ... gleichzeitig die Beschwerden der anderen Industrieländer über ... deutschen Wettbewerb verschwinden. Nach der Stabilität ... zuerit möglich sein, im Reichshaushalt die Ordnung zu ... den Deutschland und seine Gläubiger bedürfen. Zur Verwirk- ... dieses Programms ist es auch im Interesse der Knechtgläubiger ... die gewaltsame Ergreifung von Pfändern ... Anwendung von Sanktionen künftig unterdrücken ... Deutschland von jetzt ab von unproduktiven Ausgaben und von ... wirtschaftlichen Lasten befreit werde, dazu daß die ... der Verwaltung für das gesamte Gebiet Deutschlands dasbist ... der gestellt, von der im Vertrag von Versailles vorgesehenen Mög- ... Deutschland die wirtschaftliche Gleichberechtigung zu verfangen, kein ... gemacht und die Nachstabilisierung der Mark, die Einfuhr ... Waren nicht mehr den Beschränkungen unterworfen wird, die ... den Niedergang der deutschen Währung veranlaßt waren. — Ferner ... deutsche Regierung zu einer Vereinbarung bereit, die Deutschland ... verpflichtet, alle zwischen ihnen entstehenden Streitfragen, ... auf diplomatischem Wege geschlichtet werden können, in einem ... internationalen Verfahren zu behandeln, und zwar Streitig- ... rechtlicher Art in einem schiedsgerichtlichen Verfahren, alle übrigen ... in einem Vergleichsverfahren. Die deutsche Regierung schlägt ... auf der Grundlage der vorstehenden Ausführungen in Verhandlungen ... Voraussetzungen der Verhandlungen muß sein, daß innerhalb ... der Frist der Status quo ante wieder herzustellen ist. Dazu gehört: ... über den Vertrag von Versailles hinaus besetzten Gebiete ge- ... in den Abständen vertragsmäßige Zustände wieder hergestellt, ... Deutschen in Freiheit gesetzt und den Ausgewiesenen ihre ... und Aemter zurückgegeben werden.

Die Note ist im In- und Auslande viel kritisiert worden. Die ... und die englische Arbeiterpresse hat besonders die Unklar- ... beurteilt, die darin enthalten sind, hauptsächlich soweit sich ... auf die Räumung des Ruhrgebiets bezieht. Inzwischen ist ... 7. Mai 1923 die ablehnende Haltung Frankreichs und ... mit ausführlicher Begründung bekannt geworden. ... deutsche Note hat es dem Gegner leider sehr leicht gemacht, ... Gründe in der Frage des passiven Widerstandes festzustellen. ... bleibt die französische Behauptung in der Note, daß dieser ... lediglich auf Berliner Anordnungen zurückzuführen sei, ... . Sein hauptsächlichster Träger ist die sozialdemo- ... Arbeiterschaft, die in der gegenwärtigen deutschen ... nicht vertreten ist und dieser Sorgen kritisch gegenübersteht. ... französisch-belgische Note sagt wörtlich, daß „die jetzigen Vor- ... in weiterer Hinsicht vollkommen unannehmbar sind.“ Auch die ... garantien seien „zu unbestimmt und lässig.“ Die belgische ... Regierungen haben beschlossen, die neubesetzten Gebiete ... Kohle und im Verhältnis der geleisteten Leistungen zu räu- ... Für die Reparationsfrage soll nicht mehr, wie es der ... Vertrag vorgesehen hat, eine Kommission zuständig sein, deren ... zu befolgen Deutschland sich verpflichtet hat. Sie soll viel-

mehr internationalen Kommissionen unterbreitet werden. Belgien und Frankreich sollen ihre Pfänder aus der Hand geben. Sie sollen der Gewalttätigkeit der deutschen Regierungsbeamten ausgesetzt bleiben, und als Gegenleistung für alle diese Opfer würden ihnen noch einmal ein paar auf Papier geschriebene Worte gegeben werden. Die deutsche Regierung wird, wenn sie über diese Dinge einmal nachdenken wollte, sich nicht wundern, daß Frankreich und Belgien eine derartige Haltung ablehnen.“

Wenn das französische Sprichwort hier angewandt wurde: „Der Ton macht die Musik“, so müssen wir gestehen, daß diese Antwortnote uns als „Kahnmusik“ schlimmster Art erscheint. Solange England nicht aus seiner Reserve herausgeht, dürfte also der Leidensweg Deutschlands noch lange nicht zu Ende sein.

**Betriebsräte**

Die Vertretung des Betriebsrats in den kommunalen Verwaltungskommissionen. Aus Kiel wird uns geschrieben:

Wenn das preussische Ministerium des Innern auf Anfrage sich dahin äußert, daß nach § 14 Absatz 2 des Betriebsrätegesetzes in Verbindung mit den Ausführungsvorschriften des Handelsministeriums vom 8. März 1920 der Betriebsrat keinen Anspruch hat, zu den Sitzungen der städtischen Kommissionen zugelassen zu werden, so ist es an der Zeit, daß diese Sache im Betriebsrätegesetz mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln überbrückt wird. Alle kommunalen Angelegenheiten werden, bevor sie an die Kollegien zur Verabschiedung kommen, von den in Frage kommenden Kommissionen durchgearbeitet. Eine Seitenheit ist es, daß so vorgearbeitete Vorlagen im Plenum beanhandelt werden. Also in den Kommissionen liegt der Schwerpunkt aller Entscheidungen. Betriebsräte, die sich in das Betriebsrätegesetz hineingearbeitet haben, werden die verlockende Wege ihrer Aufgaben stehen bleiben wollen. Hier ist die Quelle des verwaltungs- und finanztechnischen Aufbaues. Hier werden die Vorschläge zum Etat aufgestellt. Hier ist der Ort, an dem die Betriebsräte ihre langjährigen praktischen Erfahrungen zum Wohle ihres Betriebes sowohl der gesamten Kommune verwenden können. Auch die Kommissionsmitglieder werden es dankbar empfinden, gut beraten zu sein, denn wo im Plenum Kommissionsbeschlüsse beanhandelt sind, waren oft die Betriebsräte die Urheber. Mit Erfolg ist sogar die gesamte Tagespresse mobil gemacht worden, um eine dem Betrieb sowie der Stadt nicht vorteilhafte Vorlage der Kollegen in letzter Stunde von der Tagesordnung abzulenken. Solche Mittel können nur Notmittel sein. Darum ist zu fordern: „Die analoge Anwendung des § 70 des Betriebsrätegesetzes für die Betriebs- und Anstaltsverwaltungen des öffentlichen Rechts. Den Betriebsräten ist Sitz und Stimme in den Verwaltungskommissionen einzuräumen.“

Wir können diesen Ausführungen nur zustimmen. Die gleiche Forderung haben wir schon wiederholt erhoben. Verwaltungen, die nicht kurzfristig sind, hatten bereits in der Vorkriegszeit auch den Arbeitnehmern eine Vertretung in städtischen Deputationen und Kommissionen eingeräumt. Ende 1921 hatten unsere Kollegen in 434 Fällen eine Vertretung in Kommissionen und Deputationen. Dieses Recht steht den Kollegen aber nur auf Grund von Beschlüssen der städtischen Körperschaften zu. Es ist aber dringend, den Kollegen ein gesetzliches Recht durch die Städteordnung oder noch besser durch das Betriebsrätegesetz zu geben.

Die großen Anforderungen englischer Kohle haben besonders in den letzten Wochen und Monaten infolge Ausschaltung der Rheinschiffahrt diesen Verkehr verstärkt. Die Heizer auf unseren kleinen Vollen- besörderungs dampfern müssen in der circa zweistündigen Fahrt furchtbar schwere Arbeit leisten. Im Schweiß ihres Angesichts müssen sie die beiden Feuer in Gang halten und die etwas alten Maschinen verschlucken verdammt viel Kohle. Die Asche muß dabei gleichzeitig hinausbefördert werden, so daß diese Heizer wahrlich zum mindesten die gleiche anstrengende Tätigkeit haben wie unsere Feuerhausarbeiter in älteren Gaswerken. Trotdem ist ihre Bezahlung allzu gering . . .

Als wir am Nachmittag des 1. Mai die Fahrt zu den Feuerschiffen unternahmen, war die Nordsee — Windstärke 4 — fast ruhig, wenn auch unser 1500-Tons-Dampfer gegen die anprallenden Wogen kämpfte und langte. Einige schäumende Spritzwogen gehen wohl über das Vorderdeck, sonst aber hatten wir ruhiges Fahrwasser. So empfinde ich diesmal also keinerlei Unbehagen, was ja bei einer Nordseefahrt für uns Binnenländer gar zu leicht in Erscheinung tritt. Die Rückfahrt ging sogar — weil vor dem Winde und mit der Flut — wie auf öligem Wasser vor sich, immerhin in einem Tempo von fast 20 Kilometern die Stunde.

Auf der Hinfahrt hatten wir schon beim ersten Feuerschiff (Elbe 4) fast ausschließlich die weite, uferlose Wasserwüste vor uns. Aber es ist die große Fahrstraße nach Hamburg, und andauernd sieht man die großen Kästen auftauchen am Horizont, sich nähern und in dem Hintergrund nach Hamburg verschwinden. Zuweilen zähle ich zehn große Schiffe an einer Seite unseres Dampfers. . . . Das Wetter ist etwas beschlag, so ein richtiges normales Nordseewetter.

... eine Stunde dauerte der Marsch bis zu dem fernen Borort ... 300 Radfahrer, zwei Ruskfkorps und die ... Jugend. Viele Fahnen in roten und republikanischen ... Im Walde findet die Festansprache statt, wobei es nicht ganz ... eine kleine Disziplinslosigkeit unserer Freunde von links abgeht. ... Gruppe der Staatsarbeiter, die von der Filiale Ham- ... mit betreut wird, zählt über 800 Mitglieder in Cuxhaven. Sie ... zweifachste am Ort. Darunter ist so mancher Seebefahrere, ... bei den Reichswasserstraßen oder bei der Schiffs- ... für den Vollen dienst beschäftigt ist. ... für die „Landratte“ hat die gesamte Tätigkeit in solchem ... von Hamburg etwas ungemein Anziehendes, Interessan- ... Manigfaltiges und Abwechslungsreiches. Darum darf man ... nicht vergessen, daß auch viele Sorgen und Mühen in dieser ... liegen, die vielen unserer Kollegen in den Gemeinde- und ... betriebs des Binnenlandes weniger bekannt sind. ... Nehmen wir als Beispiel die Heizer auf dem „Reuwerk II“, ... kleinen Verbindungsdampfer für den Vollen dienst. Das Schiff ... täglich zwei Touren bis weit hinaus zu den Feuerschiffen und ... Vollen dampfern in der Nordsee, um die Station erneut mit Vollen ... versorgen. Je nach dem Dampferverkehr werden in kurzer Frist ... Vollen (ca. 130 an der Zahl) von den großen Dampfern ... über. Sie führen die Ozeanreisen bis Brunsbüttel, von wo ... Hamburger Vollen das Schiff wieder dirigieren. Die Cuxhavener ... fahren mit heraufkommenden Schiffen zurück und haben nach ... Vollen Freizeut erneut Dienst. Gegenwärtig ist der Groß- ... Vollenverkehr stärker als in der Vorkriegszeit 1913/14. Fast alle ... Minuten sieht man einen großen Ozeandampfer heraus- oder ... aus den Nordseegewässern.

## Aus unserer Bewegung

**Annaberg.** In der Versammlung der Gemeinde- und Staatsarbeiter am 18. April wurde folgende Resolution beschlossen: „Die am 18. April im Restaurant zum Schwan versammelten Gemeinde- und Staatsarbeiter protestieren energisch gegen die gegenwärtige Lohnpolitik der Reichsregierung, die, gemessen am Reichsindex, praktisch einen Lohnabbau bedeutet. Daß sich jetzt, wo noch immer, wenn auch ungerechtfertigterweise, viele Lebensmittel und Bedarfsartikel steigen, ein Lohnabbau nicht rechtfertigen läßt, dürfte auch der Reichsregierung klar sein. Wir beauftragen daher unseren Verband, im Einvernehmen mit den übrigen beteiligten Organisationen bei der Reichsregierung mit allen, auch den schärfsten gewerkschaftlichen Mitteln dahin zu wirken, daß in aller Kürze eine Lohnregelung Platz greift, die sich mit der Höhe der Lebenshaltung rechtfertigen läßt.“

## Rundschau

Das Existenzminimum in der zweiten Aprilhälfte 1923 betrug nach den Berechnungen von Dr. Ruczynski in Berlin für einen alleinlebenden Mann 41 713 Mk., für ein kinderloses Ehepaar 60 874 Mk., für ein Ehepaar mit zwei Kindern 78 711 Mk. Der Wert der Mark betrug  $\frac{1}{27}$  Pfennig. Damit hat die Aufwärtsentwicklung der Preise bereits den Durchschnittsstand der ersten Märzhälfte um ein Weniges überschritten.

Die Reichsindexziffern über die Lebenshaltungskosten werden auf Grund amtlicher Preiserhebungen berechnet, die sich auf Nahrungsmittel, Wohnungsmiete, Heiz- und Leuchtstoffe und Bekleidungsgegenstände erstrecken und fortlaufend in 71 deutschen Städten vorgenommen werden. Unter Berücksichtigung des Bedarfs einer aus zwei Erwachsenen und drei Kindern, im Alter von 12, 7 und  $1\frac{1}{2}$  Jahren, bestehenden Familie ist eine Normalration für einen Bierwochenbedarf aufgestellt worden, deren Kosten jeweils festgestellt werden. Hierbei wurde von den Verhältnissen der Nachkriegszeit ausgegangen. Die Normalration ist zu dem Zwecke festgesetzt worden, um jedem der erfahrenen Lebensbedürfnisse und Nahrungsmittel das seiner Wichtigkeit entsprechende Maß in der Gesamtlebenshaltung zuzuwenden. Brot ist deshalb beispielsweise mit 47 Kilogramm eingelegt worden, Kartoffeln mit 70 Kilogramm, Speck mit 1,5 Kilogramm und Fett mit 4,5 Kilogramm usw. Für das Wohnbedürfnis ist die Zweizimmerwohnung mit Küche angenommen. Damit soll aber keineswegs gesagt werden, daß nun eine Familie unter allen Umständen mit diesem beschränkten Maß von Lebensbedürfnissen auskommen könnte. Die Reichsindexziffern können und sollen unter keinen Umständen zur Bestimmung eines Existenzminimums dienen, sondern nur angeben, in welchem Verhältnis die Gesamtkosten der Lebenshaltung im Durchschnitt des einen Monats gegenüber dem anderen jeweils sich verändert haben. — Wie wird nun die Reichsindexziffer berechnet? In den 71 Städten finden monatlich an zwei Stichtagen, die im ersten und letzten Drittel jedes Monats liegen, Preiserhebungen statt, deren Zuverlässigkeit auch dadurch verbürgt ist, daß sowohl Arbeitgeber- als Arbeitnehmervertretungen stets dabei mitwirken. Die für die einzelnen Gemeinden ermittelten Stichtags-Teuerungszahlen werden in Gemeinde-Größenklassen zusammengefaßt und mit der Einwohnerzahl aller derselben Größenklasse angehörenden deutschen Städte gewogen. Aus diesen gewogenen Durchschnittszahlen wird die Reichs-Durchschnittsziffer gebildet, die mit der Friedens-Teuerungszahl (—1) in Beziehung gebracht, die Stichtags-Reichsindexziffer ergibt. Das Mittel der beiden Stichtagszahlen ist die Reichsindexziffer für den Monatsdurchschnitt. — Wodurch wird die Höhe der Reichsindexziffer beeinflusst, warum erscheint sie niedriger als zum Beispiel die Preisvervielfachung der meisten Lebensmittel? Bei der Berechnung der Reichsindexziffer ist natürlich auch die Wohnungsmiete mit berücksichtigt, die vor dem Kriege 23,5 Proz. sämtlicher in der Berechnung einbezogener Lebensbedürfnisse betrug, während sie im Februar 1923 nur 0,5 Proz. davon ausmachte, d. h. nur etwa einen doppelten Stundenlohn gegenüber fast einem Wochenlohn vor dem Kriege. Auch das Brot, das im Februar nur etwa das 150fache des Friedenspreises kostete, und die Kartoffeln mit dem 200fachen Preis beeinflussten, besonders durch ihre verhältnismäßig großen Mengen in der Ernährungsration, die Höhe der Reichsindexziffer beträchtlich. Aber auch diese wichtigsten Lebensmittel müssen ihren Einfluß bei Feststellung der Indexziffer behalten, will man nicht das ganze Bild bewußt fälschen. Die sprunghafte Entwicklung der Teuerung ist in den letzten drei Monaten von Störungen und auch vorübergehenden Preisenkungen unterbrochen worden, die es schwierig machten, auf Grund von zwei Stichtagshebungen einen annähernd zuverlässigen Durchschnitt für die Teuerung im Monat festzuhalten. Im Januar erscheint die Reichsindexziffer mit einer Steigerung von nur 63,5 Proz. zu niedrig, weil sie durch die nach dem Ruhrereignis einsetzende außerordentliche Preissteigerung im Monat Februar schon längst überholt war. An dem Stichtag im ersten Drittel des Monats

war die Preissteigerung eben noch ganz gering. Für Februar die Dinge nun umgekehrt. Die Reichsindexziffer weist für den Monat eine Steigerung von 136 Proz. auf, was vielen zu hoch scheint. Die Reichsindexziffer hat jedoch sowohl für den Monat wie für den Februar ein den durchschnittlichen Verhältnissen beider Monaten entsprechendes Bild der Teuerung gegeben.

Der Reichsarbeitsvertrag für das Stein-, Plaster- und Straßenbaugewerbe ist von der Reichsarbeitsverwaltung in gütlicher Einigung mit dem Reichsbund der Bauarbeiter geschlossen worden. Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht auf die Verträge von Arbeitern, die Tarifverträgen für Reichs-, Staats- und Kommunalverwaltungen unterstehen und die sozialen Vorteile dieser Verträge genießen.

Der Reichslohntarif für das Baugewerbe ist mit folgenden Bestimmungen verbunden: Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht auf das Arbeitsverhältnis von Arbeitern, die in einem Betrieb, der nicht Baubetrieb ist, dauernd Instandsetzungs- oder Erneuerungsarbeiten beschäftigt sind. Sie erstreckt sich ferner nicht auf das Arbeitsverhältnis von Bauarbeitern in Betrieben der Reichs-, Staats- oder Kommunalverwaltungen ständig beschäftigt werden. (Scheidung der Reichsarbeitsverwaltung vom 16. April 1923, VI 401/187.)

Ein neuer Hahnenfang. Ernst Bissauers unrühmlicher Hahnenfang gegen England ist noch nicht vollständig vergessen. Man erinnert man sich des Gift und Galle gegen England verpackten „deutschen“ Engländers Austen Chamberlain, da meldet sich neuer Hahnenfang in der „Illustrierten Wochenbeilage der „Deutschen Tageszeitung“ — wo könnte es auch anders sein! — den das als einen „Deutschen“ vorstellt, der schon „seit Jahrzehnten in England lebt und schon lange ein englischer Untertan ist.“ Dieser Mann, den man eher einen Agent proofoateur als deutschen Patriotem bezeichnen kann, läßt sich nun unter folgendenmaßen los:

Bergeht nicht, prägt's tief ins Gedächtnis ein,  
Was euch die Katternbrut hat ausgezwungen,  
Als Pfand sich eure Ehre ausbedungen,  
Entwaffnet, euch geknechtet obendrein.  
Es gilt der welschen Bier, dem deutschen Rhein,  
Seit tausend Jahren wird um ihn gerungen,  
Dem Deutschen teuer wie der deutsche Hain. —  
Bergeht nicht, laßt in eure Seele sinken  
Den Hohn, die Schmach, die man euch angetan;  
Doch bleibt wortlos, droht nicht: „denk nur dran“.  
Dann, kommt die Zeit, läßt das Gedächtnis trinken  
Der Rache Fülle mit dem Wunsche zur Tat;  
Und, kommt die Zeit, dann sproßt ja auch die Saat.

Was werden es nun die Franzosen mit der Angst und Wut kriegen, wenn sie diesen „Hahnenfang“ der „Deutschen Tageszeitung“, importiert von dem sicher in England sitzenden „Deutschen“ zu hören bekommen. Wir sind überzeugt, daß sie sofort das Gebiet räumen werden.

## Eingegangene Schriften und Bücher

Der Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung. Ein sozialistischer Versuch. Von Kurt Geher. Verlag: Thüringer Verlagsgesellschaft und G. m. b. H. Jena, 1923. Preis: G. 3. 25. — Das Buch behandelt Radikalismus vom wissenschaftlichen Standpunkte aus; es wird bei den Ursachen und Gegnern des Radikalismus großes Interesse finden. Aus dem Inhalt: Die Probleme sozialistischer Taktik. Die Massenlehre des Radikalismus und Großstadt. Die Tradition des älteren Radikalismus. Anhang: ein Fremdwörterverzeichnis. Das 120 Seiten starke Buch enthält auch eine Abhandlung über die Arbeiterbewegung, den Bund der Gewerkschaften und Staatsarbeiter. Berlin S. O. 16, Müllerbaufer Straße 15.

Der Sozialismus einst und jetzt. Streifzüge des Sozialismus in Vergangenheit und Gegenwart. Von Eduard Bernstein. II. Aufl. Verlag: J. S. B. Dieckmann, G. m. b. H. Berlin S. O. 16, Müllerbaufer Straße 15. G. 3. brosch. 2,5; geb. 4.

Die Erde nach dem Erdbeben. Von James Cook. Nach den Aufzeichnungen von George Forster bearbeitet von Dr. Hans Danneberg. „Alle Welt ist ein Dorf.“ Bd. 3. Verlag: J. S. B. Dieckmann, Leipzig. — George Forster, der Schriftsteller und Feuergelehrte aus der Zeit der ersten französischen Revolution, konnte in Begleitung seines Vaters an der zweiten Weltreise teilnehmen. Was er auf dieser Fahrt gesehen und erlebt hat, berichtet er uns getreulich. Bis zu der im Stillen Ozean verlorenen Insel erstrecken sich die Fabeln. Forster ist besetzt von dem Glauben, daß der Mensch gut sei. Er bemerkt aber, daß dieser Glaube unumwandelbar gilt und die Eingeborenen jener Insel schlimmen Neigungen fähig sind. Recht roh erscheint oft der Verkehr der Weißen mit den Eingeborenen, daher ist es auch kein Wunder, daß gegen ungeliebte Eingeborene die härtesten Strafen verhängt werden.

Wechselüberrechnung und Teilapparate. (Gewinnüberrechnung und Teilapparate.) Für die Bedürfnisse der Praxis und Weiterentwicklung der Wechselüberrechnung von Ingenieur R. W. Deinger, Abteilungsleiter in Esslingen, Hermann Hage, Leipzig. — (Zahlenbücher für Werkstatt und Fabrik.)